



Amtsgericht Detmold

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung soll am

**Donnerstag, 12.02.2026, 09:30 Uhr,
Erdgeschoss, Sitzungssaal 12 (Nebengebäude), Gerichtsstraße 6, 32756
Detmold**

folgender Grundbesitz:

**Grundbuch von Horn-Bad Meinberg, Blatt 3752,
BV lfd. Nr. 7**

Gemarkung Holzhausen-Externsteine

Flur 5, Flurstück 62, Gebäude- und Freifläche, Kronenweg 6, Größe: 205 m²

Flur 5, Flurstück 402, Gebäude- und Freifläche, Kronenweg 6, Größe: 2118 m²

versteigert werden.

Lt. Gutachten: Bebaut mit einem Wohn- und Geschäftshaus mit Teilkeller, Erd- und Obergeschoss (BJ ca. 1999) und einem Werkstattgebäude (BJ ca. 1950; Sanierungen/weitere Bauabschnitte ca. 1990, 1993, 2001). Es besteht teilweise Sanierungsbedarf. Guter bis befriedigender baulicher Zustand bezogen auf Restdauer und Alter.

Ferner bebaut mit Garagen (BJ 2000) und Lagergebäude (BJ 1960), es handelt sich um Überbauten, die teilweise auf dem Nachbargrundstück stehen.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 04.02.2025 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

240.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.